

# Der Prozess gegen Heckler&Koch

vor 2006



Heckler & Koch (HK) beantragt beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) eine Genehmigung für G36-Lieferungen nach Mexiko.

Das Auswärtige Amt lehnt ab.

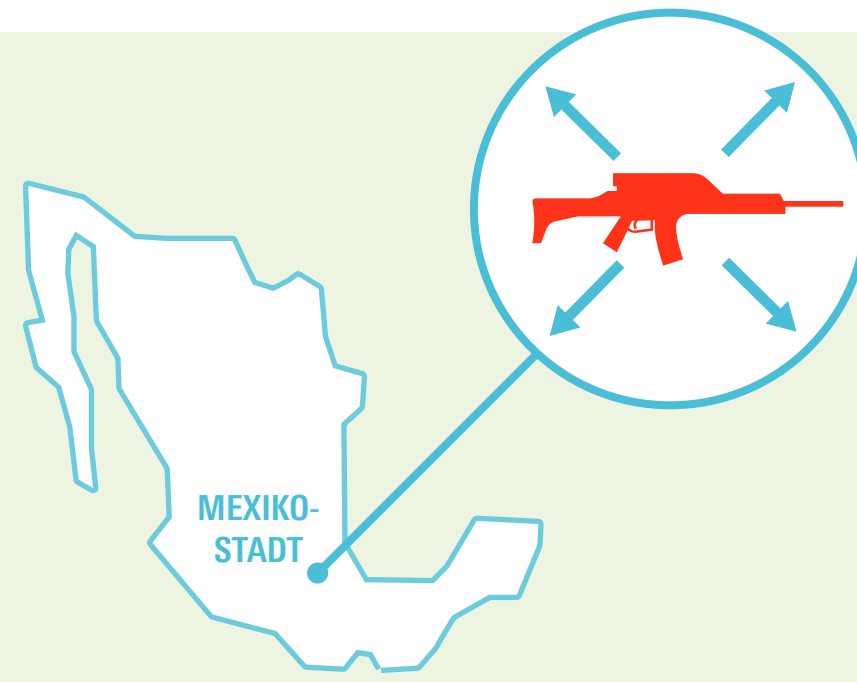
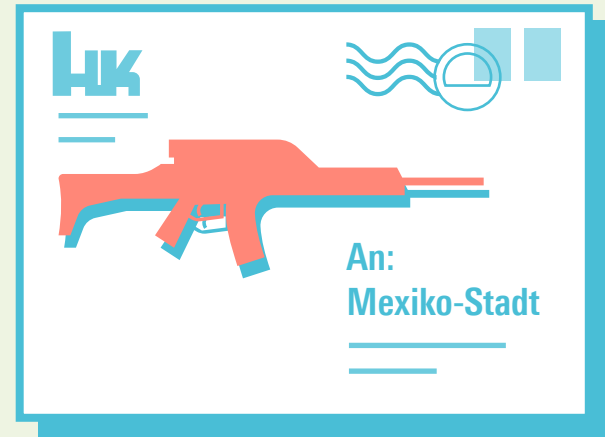


Das BMWi fordert, einige Unruheprovinzen von der Lieferung auszuschließen.

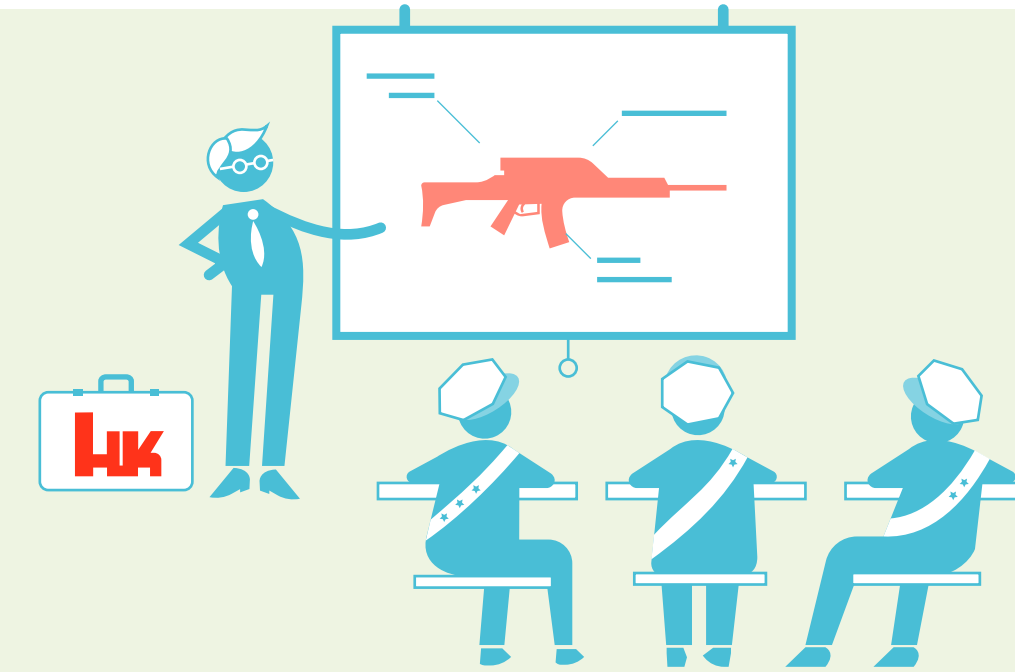


Das Auswärtige Amt stimmt zu. Die Lieferungen werden genehmigt, zum Teil vom Bundessicherheitsrat.

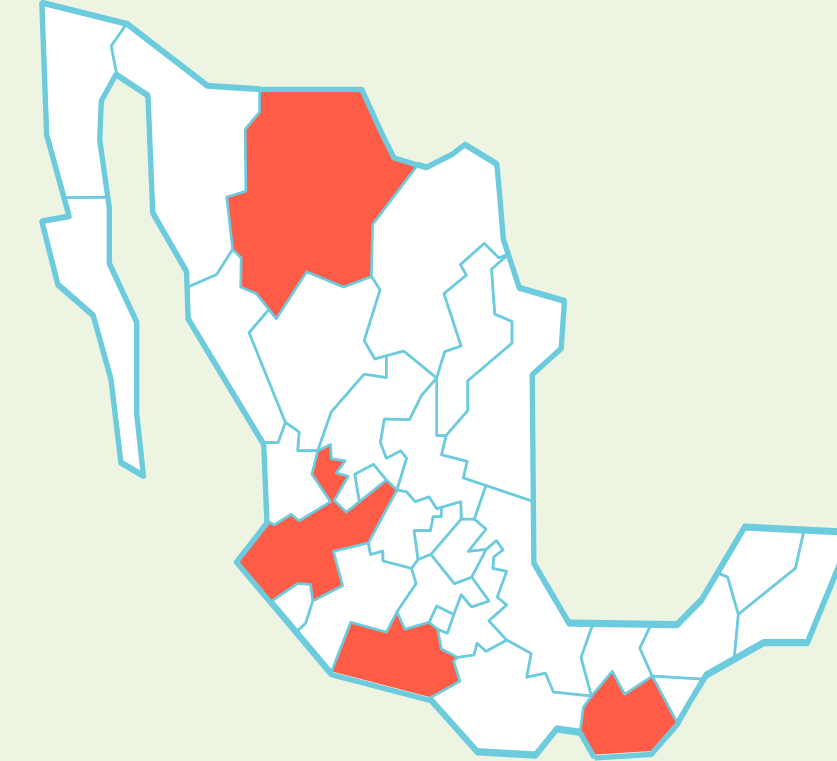
2006 - 2009



HK liefert die Gewehre in 16 Einzellieferungen nach Mexiko an eine Zentralstelle des Verteidigungsministeriums. Von dort gehen sie in fast alle Provinzen.



HK führt die Gewehre auch in verbotenen Provinzen vor.

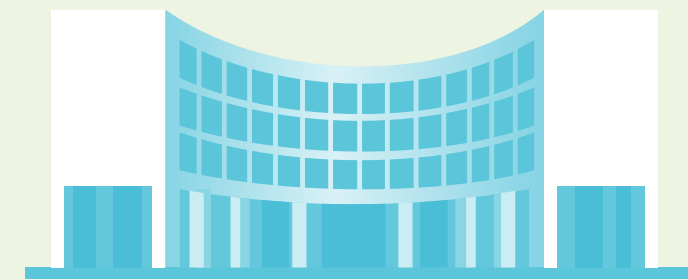


2009



Ein Whistleblower, der für HK in Mexiko gearbeitet hat, informiert den Friedensaktivisten Jürgen Grässlin.

2010



Grässlin erstattet 2010 Strafanzeige gegen HK-Mitarbeiter, sein Anwalt stellt 2012 eine weitere Anzeige gegen Beamte der Genehmigungsbehörden.

2012

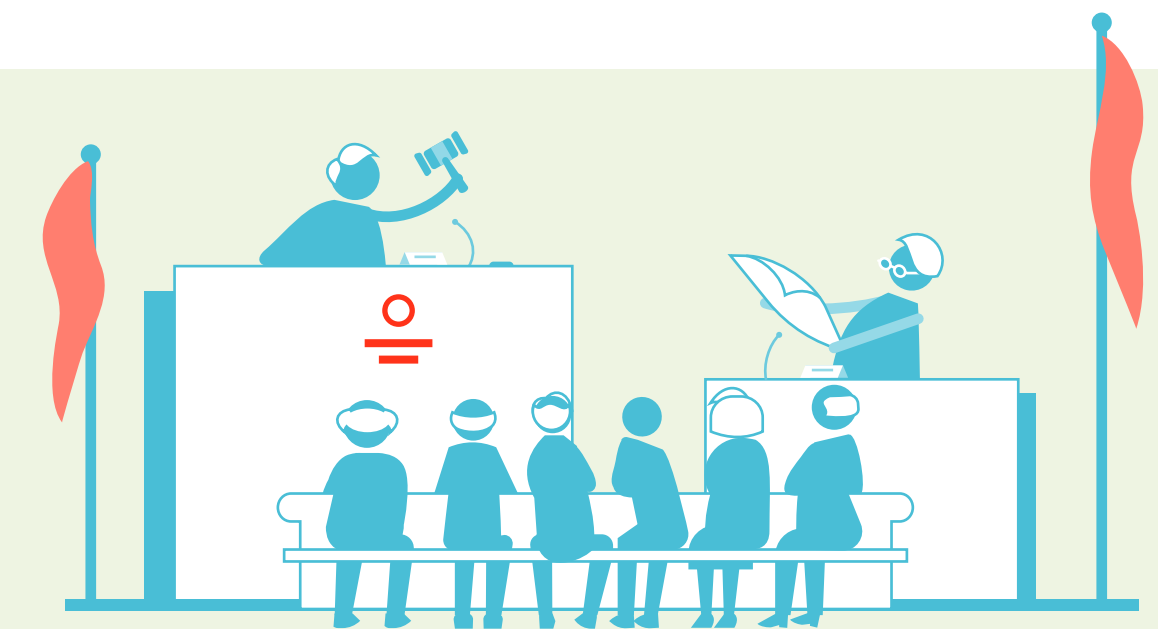


2016



Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen zwei Ex-Geschäftsführer, zwei Manager, eine Sachbearbeiterin und den HK-Vertreter in Mexiko.

2018



Am 15. Mai 2018 beginnt der Prozess vor dem Landgericht Stuttgart. 25 Prozesstage sind bislang geplant.